

126, 115

Obmännerkonferenz. Gestern fand unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner und in Anwesenheit der drei Vizebürgermeister eine Sitzung der Obmänner der Gemeinderatsparteien statt. In derselben machte der Bürgermeister vorerst folgende Mitteilungen: Staatliche Unterhaltsbeiträge werden dormalen an 140.924 Parteien gezahlt. In Ergänzung des staatlichen Unterhaltsbeitrags werden aus den Mitteln der Zentralstelle 3220 Personen mit fortlaufenden monatlichen Unterstützungen beteiligt. Die Monatsausgaben belaufen sich auf 135.429 K., die Gesamtausgaben bereits auf 576.618 K. Die Ausgaben für die Auspeisung stellen sich auf 1.053.535 K. Bürgermeister Dr. Weiskirchner gedenkt bei diesem Anlasse des ungemein verdienstvollen Wirkens Ihrer Exzellenz der Frau Baronin Bienenrth und des schwarz-gelben Kreuz-Komitees, welches in unermüdlicher Arbeit 1.206.449 K für den Zweck der Auspeisung gesammelt hat. Bei diesem Anlasse wendet sich der Bürgermeister neuerlich gegen jene Stimmen, welche der Meinung sind, daß weitere Sammlungen für die öffentliche Auspeisung überflüssig wären. Wenn es auch richtig ist, daß die ursprünglichen Annahmen nicht angetroffen sind, so ergibt doch schon der Vergleich zwischen dem Sammlungsresultat und den Kosten das Bedürfnis nach weiteren Geldmitteln. Andererseits darf nicht übersehen werden, daß die Kosten der Auspeisung durch das fortwährende Steigen der Lebensmittelpreise ebenfalls höhere werden und daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen mit Grund zu besorgen ist, daß die Zahl der Personen, welche zur öffentlichen Auspeisung kommen, eine immer größere wird. Für die Näh- und Strickstuben der Frauen-Hilfsaktion im Kriege wurden 321.066 K ausgegeben. Die Frauen aller Parteien, welche in der Zentrale vereinigt sind, geben sich redliche Mühe, auch weiterhin den Arbeitslosen Frauen und Mädchen Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Die Auslagen für die Flüchtlinge belaufen sich jetzt schon auf 8.275.440 K.

Der Bürgermeister berichtete sodann über die Ergebnisse der Mehlfaktierung nach dem Stichtage vom 26. Februar und hebt insbesondere aus diesem Apparate die von den Bäckermeistern faktierten Mehlvorräte hervor. Aus dieser Statistik ergibt sich, daß an dem bezeichneten Stichtage nur 1/10. der Bäcker mit größeren Mehlvorräte gedeckt war, alle übrigen hatten entweder nur auf Tage währende Vorräte, oder aber sie waren nur mit einer Mehlsorte, nicht aber mit den erforderlichen Mischmehlen versehen. Aus dieser Tatsache im Zusammenhange mit den Störungen in der Brotversorgung der letzten Tage folgerte der Bürgermeister, daß nunmehr der Zeitpunkt gekommen sei, zu dem aus den

städtischen Mehlvorräten Mehl abgegeben werden müsse. Er beabsichtige vorläufig Mehl ausschließlich an die Bäcker zur Broterzeugung abzugeben, denn er habe die Besorgnis, daß die Mehlabgabe an Detailhändler nur jenen zu Gute kommen würde, die hamstern. Er behalte sich aber vor, im Einvernehmen mit den beteiligten Genossenschaftsvorstehern Mittel und Wege zu finden, um auch hier helfend einzugreifen. Was die städtischen Vorräte anbelangt, so könne er darauf hinweisen, daß bisher um 15.233.409 K Lebensmittelkäufe geschlossen sind. Außerdem sei an eine hiesige Bank ein Kaufauftrag für 5 Mill. K Getreide oder Mehl ergangen. Bisher sei durch die Gemeinde bereits 14.706 Meterzentner diverser Mehlsorten an die Beteiligten Geschäftsleute abgegeben worden. Er beabsichtige nun die Mehlabgabe im Wege eines eigenen Amtes durchzuführen und habe in Aussicht, etwa für 4 Wochen, das ist bis zum Beginne der Funktionen der staatlichen Getreide-Verkehrsanstalt Woche für Woche den Bäckern Mehl abzugeben u. zw. in der ersten Woche, die morgen beginne 4900 Stöcke, in der zweiten Woche 6000 Stöcke u. s. w. steigend, weil anzunehmen ist, daß sich die faktierten Mehlvorräte im Laufe der Zeit verringern und der Bedarf ein größerer werde. Auf diese Weise wolle er aus den Gemeindevorräten 240.000 Meterzentner Mehl für die Broterzeugung auführen. Allerdings erwarte er, daß endlich die Regierung sich ihrer dringenden Pflicht bewußt werde und Mehl beschaffe. Er habe dem Ministerpräsidenten erklärt, daß die Mehlabgabe der Gemeinde unter der Voraussetzung geschehe, daß die Regierung der Gemeinde einen Ersatz zur Verfügung stelle, und daß die Regierung mit dem Inslebentreten der Getreideverkehrsanstalt auch in der Lage sei, ihren Verpflichtungen gegenüber der konsumierenden Bevölkerung nachzukommen. Der Bürgermeister habe sich auch bemüht, für die Zufuhr von Rindern und Schweinen zu sorgen und habe in dieser Beziehung Schlüsse gemacht. Allerdings sei seine Absicht, aus Deutschland Schweine zu importieren, nicht realisiert worden, da das Deutsche Reichs-Einkaufsamt, mit dessen Vertreter er verhandelte, für jedes nach Oesterreich eingeführte Schwein die Ausfuhr von 5 Meterzentnern Futtermittel ein gefordert habe, ein Verlangen, das bei dem gegenwärtigen Stande der Futtermittel in Wien und wahrscheinlich auch in ganz Oesterreich nicht zu erfüllen ist.

Die Obmännerkonferenz, in welcher alle Mitglieder zu diesem Gegenstande das Wort ergriffen, stimmte den Ausführungen des Bürgermeisters zu, genehmigte einstimmig die Erhöhung des Approvisionierungskredites auf 20 Millionen Kronen, gab den Maßnahmen des Bürgermeisters wegen Mehlabgabe aus den städtischen Vorräten an die Bäcker zur Broterzeugung ihre Billigung und stellte das Ersuchen, daß auch wegen Mehlabgabe an die Detailhändler unverzüglich die nötigen Verhandlungen eingeleitet werden.

Um auch für die Zukunft vorzusorgen, beschloß die Obmännerkonferenz einstimmig nachstehende

Resolution:

Die Schwierigkeiten in der Versorgung der Bevölkerung mit Getreide sind bekannt. Nicht zum geringsten Teile liegen sie in der Haltung der Eigener und der Händler. Die Möglichkeit, daß auch die kommende Ernte und vielleicht noch bevor sie eingebracht ist, durch einzelne Spekulanten dem allgemeinen Verkehre entzogen und besonderen Absichten dienlich gemacht und zugeführt werde, ist nicht ausgeschlossen, liegt vielmehr nach allen Erfahrungen sehr nahe. Im allgemeinen Interesse muß dagegen schon jetzt Stellung genommen werden.

Die k. k. Regierung wird aufgefordert, sofort alle Maßnahmen zu treffen, die notwendig sind, um die kommende Ernte dieses Jahres an Weizen, Roggen, Gerste, Hafer und Mais dem allgemeinen Verbrauche zu erhalten, insbesondere sie unter Sperrung jede Verfügung über sie zu verbieten und alle Rechtsgeschäfte, die gegen dieses Verbot verstoßen, einschließlich der bereits abgeschlossenen für nichtig zu erklären.

Im Anschlusse an diese Beratungen hielt Magistratsrat Dr. Janböck einen Vortrag über die von der Regierung beabsichtigte Einführung der Brotkarten, welcher von den Versammelten lebhaft diskutiert wurde und wobei einstimmig die Anschauung zum Ausdruck kam, daß die Einführung der Brotkarte seitens der Regierung unbedingt die rechtzeitige Versorgung für das nötige Mehl dringend erfordere. Ohne genügenden Mehlvorrat würde die Einführung der Brotkarte geradezu eine Katastrophe bedeuten.

Der Bürgermeister berichtete dann noch über die Kundenschemen des Magistrates wegen eines Verbotes der Verwendung von Milch zur Erzeugung von Kleingebäck sowie eines Verbotes der sogenannten Ostereier. Ferners brachte er einen Erlaß des Ministeriums für Landesverteidigung zur Kenntnis, demzufolge den Angehörigen der Gefallenen, der an einer Krankheit verstorbenen Soldaten und der zu wegen Invalidität ins nichtaktive Verhältnis rückversetzten, bis auf weiteres der Unterhaltsbeitrag fortbezahlt wird, sowie einen Erlaß des Kriegeministeriums, demzufolge dem Antrage der Obmännerkonferenz, den Nahrungsmittelbedarf für alle Militäranstalten, Spitäler, etc. aus den der Heeresverwaltung zur Verfügung stehenden Vorräten zu decken, nicht Folge gegeben wurde, daher bis auf weiteres die Deckung des Bedarfes für die militärischen Erfordernisse im Hinterlande aus den vorhandenen Vorräten des Landes zu erfolgen habe. Schließlich teilte der Bürgermeister noch mit, daß er auch wegen des Verkaufes von Kartoffeln aus den städtischen Vorräten die Einleitungen treffe.

Vizebürgermeister Hob berichtete über die Bilanz der

Leichenbegängnis.

Montag, den 15. d. M. fand von der Kapelle des Garnisonsspitals Nr 1 aus das Leichenbegängnis des auf so tragische Weise aus dem Leben geschiedenen Militär-Verpflegsassistenten und Verköstigungsleiter am Ostbahnhofe, Hans Scheinig, Architekt der Wiener Stadtbauamtes, in feierlicher Weise statt. Wie sehr sich dieser hoffnungsvolle junge Offizier die Liebe und Hochachtung aller seiner Vorgesetzten und Kameraden zu erwerben wußte, bewies die überaus zahlreiche Beteiligung militärischer, behördlicher und ziviler Abordnungen, sowie die vielen herrlichen Kranzspenden. Vertreten durch höhere Offiziere waren das k. u. k. Eisenbahn-Linienkommando durch Eisenbahn-Linienkommandant Treffenschädl, die k. u. k. Intendant des 2. Korps in Wien, das k. u. k. Verpflegsmagazin in Wien, das Bahnhofkommando Ostbahn, die aktiven und nichtaktiven Beamten der k. u. k. Verpflegsmagazine in Wien, das Offizierskorps des Landwehrlinien-Reg. Wien Nr 1, der Vorstand und die Beamten des Betriebsbahnhofes Ostbahnhof, die Mannschaft der Verköstigungsstation Ostbahnhof, ferner erechlenen Abordnungen des Wiener Stadtbauamtes, der Ingenieure des Stadtbauamtes, des Vereines technischer Beamten der Stadt Wien, der Oesterr. Siemens-Schuckertwerke u. a. Unter den Trauerrednerbemerkte man auch noch: Magistratsrat Dr. Lederer, Stadtrat Scherzer, Baurat Dr. Paul, Regierungsrat Fritz, Kaiser Rat Sellm, Kaiser Rat Seidel, Baurat Schebesta sowie zahlreiche Großindustrielle, Advokaten und Professoren.

Wohltätigkeitsvorstellung. Zu Gunsten der Armen des Bezirkes Wieden findet am Donnerstag, den 20. d. M. halb 3 Uhr nachmittags im Johann Strauß-Theater unter Mitwirkung von Fritz Werner, Mimi Marlow und Josef Ebnig eine Wohltätigkeitsvorstellung statt. Zur Aufführung gelangt die Posse „Er und seine Schwester“, vorher wird die „Patriotische Ouvertüre“ von Artur Gutzmann zu Gehör gebracht. Der Kartenverkauf findet täglich an den beiden Tageskassen statt; keine Vorverkaufgebühr.

Zentralparkasse der Gemeinde Wien, welcher genehmigend zur Kenntnis genommen wurde. Der Bürgermeister wurde ermächtigt, den Beamten die üblichen Bilanz-Remunerationen ausbezahlen.